

Presseinformation

Vermögenssteuer vernichtet Ersparnisse

„Wir lehnen eine Vermögensbesteuerung ab, denn damit würde bereits versteuertes Vermögen nochmals besteuert. Darüber hinaus würde mit einer solchen Maßnahme Privaten und mittleren Unternehmen notwendiges Geld entzogen“, betont der Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes, Dr. Friedrich Noszek.

(Wien, 11. 5. 2011) Nachdem der ehemalige Finanzminister Ferdinand Lacina die Vermögensbesteuerung abgeschafft hat, wurde Österreich als Wirtschaftsstandort überaus attraktiv. „Die aktuelle Diskussion um die Vermögenssteuer ist daher kontraproduktiv. Eine derartige Steuer wäre eine Strafsteuer für viele Private und mittlere Unternehmen und das würde der Wirtschaft und dem Wirtschaftsstandort Österreich schaden. Es ist psychologisch das falsche Signal“, erklärt Noszek.

Hausbesitzer: Investitionen werden zurückgenommen

Betroffen wären auch ganz wesentlich die Hausbesitzer; sie würden zusätzlich belastet. „Für Zinshausbesitzer, die ohnedies durch ihre Einnahmen nur mühsam die Erhaltung der Substanz und neue Aufgaben wie Wärmedämmung oder eine bessere Ausstattung bewerkstelligen können, würde eine weitere finanzielle Belastung bedeuten, dass die Bewirtschaftung der Häuser nur erschwert möglich wird. Die Einnahmen müssten, statt zur Renovierung, zur Steuerleistung verwendet werden. Notwendige Investitionen müssten reduziert werden. Eine der Konsequenzen wäre, dass der Hausbestand leidet und der Wohnstandard nicht in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden kann. Darüber hinaus würde es sich äußern negativ auf Konjunktur auswirken, wenn die Investitionstätigkeit der Hauseigentümer reduziert würde“, erklärt Noszek.

Besteuerung bis das Ersparte weg ist?

Gleichzeitig gibt Noszek zu bedenken, dass eine Vermögenssteuer eine Besteuerung von bereits versteuertem Geld darstellt. „Wenn sich jemand durch seine Ersparnissen ein Haus

kauft, so hat er dieses Kapital bereits im Rahmen seiner Einkünfte versteuert. Wie oft sollen diese Ersparnisse noch versteuert werden? Soll diese Spirale immer weiter gehen, bis sämtliches Vermögen von dieser Steuer aufgefressen ist?“, stellt Noszek als Frage an die Befürworter der Vermögensbesteuerung. Bei Immobilienvermögen würde dieses wiederholte Absahnen des Staates bedeuten, dass Häuser unter Umständen verkauft werden müssten, um die Steuerleistungen dafür zu bezahlen.

Angriff auf Pensionsvorsorge

„Konsequent durchgezogen, betrifft eine Vermögensbesteuerung auch die private Pensionsvorsorge. Ich glaube nicht, dass die heutigen Befürworter einer Vermögensbesteuerung die Pensionen kommender Generationen – abseits vielleicht einer Mindestsicherung – staatlich garantieren können. Offensichtlich ist es vielen Politikern gar nicht bewusst, dass die Vermietung von Wohnungen – etwa Vorsorgewohnungen – für viele Menschen als Alterssicherung gedacht ist“, gibt Noszek zu bedenken.

„Die Besteuerung von Vermögen ist kontraproduktiv. Kurzfristige Einnahmen für den Staat schaden ihm langfristig. Denn die Mittel fehlen der Wirtschaft, machen neue Aufwendungen für eine Pensionssicherung notwendig und können zu einer schleichenden Enteignung des Vermögens führen. Wir lehnen daher die Vermögenssteuer entschieden ab“, betont Noszek.

Rückfragen:

Dr. Friedrich Noszek 0676/303 91 15